

bares geben. Es ist ein entschlossener Versuch, in einer als zerklüftet und pluralisiert erlebten kirchlich-religiösen Lage zusammenzuführen und Konsens zu bilden.

Der Brief wurde von einer großen Mehrheit der französischen Bischöfe angenommen. Ob sich wirklich jeder Bischof diesen Argumentationstyp zu eigen gemacht hat, ist eine andere Frage. In seinem Münchener Referat brachte Kardinal Eyt den Inhalt des Briefes mit einer Bewegung in Verbindung, die er als „Neuevangelisierung“ bezeichnete. Im „Brief an die französischen Katholiken“ kommt dieser Begriff jedoch nicht vor.

Aufmerksam erwartete man in Frankreich auch, auf welche Weise sich der Papst in den Ansprachen vor den verschiedenen französischen bischöflichen Ad-limina-Gruppen im letzten halben Jahr auf den Bischofsbrief beziehen würde. In seiner Ansprache vor den Mitgliedern der Apostolischen Region Süd-West am 25. Januar 1997 erwähnte Johannes Paul II. den Brief positiv als ein Beispiel dafür, wie die Gläubigen in den Diözesen Frankreichs zu einem intensivierten Engagement auf dem Gebiet der Evangelisierung ermutigt würden (vgl. Osservatore Romano, 26.1.97).

Außerdem befaßte sich der Papst mit

einem Anliegen, das auch ein zentrales Anliegen des Briefes bzw. des Berichts Dagens ist: Er wies darauf hin, daß die Ursachen der gegenwärtigen Veränderungen in der Kirche, allem voran des Rückgangs der Priesterzahlen und der praktizierenden Katholiken, „komplex“ seien. Die Einflüsse gesellschaftlicher Veränderungen auf die Gläubigen und die kirchlichen Gemeinschaften dürften hierbei nicht übersehen werden. Es dürfe nicht darum gehen, die „nostalgische Erinnerung an eine im übrigen nicht selten idealisierte Vergangenheit“ zu pflegen oder bestimmte Personen dafür individuell verantwortlich zu machen.

K. N.

Eine gewaltige Hypothek

Zaire im Übergang zur Nach-Mobutu-Ära

Nachdem das Mobutu-Regime zusammengebrochen ist, rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie es im ebenso reichen wie daniederliegenden Zaire weitergehen kann. Sein großes Potential läßt sich nur mit ausländischer Hilfe erschließen. Die weitere staatliche Existenz hängt auch davon ab, ob es gelingt, den Zerfall des Landes in rivalisierende Einheiten aufzuhalten. Der Autor unseres Beitrags ist Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Afrikakunde.

Zaire, einst und jetzt wieder Kongo, ist ein geschundenes Land. Während der vergangenen 112 Jahre hat der mit 2,345 Millionen Quadratkilometern nach Fläche dritt- und mit 45 Millionen Einwohnern nach Bevölkerungszahl viertgrößte Staat Afrikas praktisch nur zwei für die Menschen wenig erfreuliche Perioden gekannt: Bis 1960 knechtete die Kolonialmacht Belgien Belgisch-Kongo. Seit 1965 beherrschte und plünderte der durch Staatsstreich an die Macht gelangte Diktator *Mobutu Sese Seko* während einer mehr als drei Jahrzehnte dauernden Regentschaft den 1971 in Zaire umbenannten Staat und seine Bevölkerung. In dieser Zeit fiel das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in dem wegen unermeßlicher Rohstofflager potentiell sehr reichen Land 1995 auf das Rekordtief von 125 US-Dollar.

Mobutu machte den Staat zu seiner Beute, sein Regime verkam zur Kleptokratie: Während das Völkerrechtssubjekt Zaire beim Ausland Verbindlichkeiten von etwa 15 Milliarden US-Dollar und Zinsrückstände von über 2,5 Milliarden US-Dollar anhäufte, zweigte eine kleine Clique um den Herrscher ein Privatvermögen von ebenfalls etwa 15 Milliarden, nach alternativen Schätzungen sogar bis 60 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen Mitteln ab. Das Raubgut wurde

auf Nummernkonten Schweizer und anderer ausländischer Banken deponiert, in prunkvolle Immobilien in Europa und Nordamerika investiert, bei Luxuseinkäufen im Ausland oder auf rauschenden Festen verpraßt.

Die Mittel für einen (Wieder-)Aufbau stehen bereit

Für die Bevölkerung hingegen blieb nichts zu feiern, ja nicht einmal genug zu essen übrig. Vor allem Säuglinge und Kleinkinder starben häufig an Hunger und Krankheiten. 120 von 1000 Neugeborenen überstehen das erste Lebensjahr nicht, für statistisch fast 200 von 1000 Kindern ist der fünfte Geburtstag unerreichbar. Armut, Not und der Zwang zur Improvisation bestimmten unter Mobutu den Lebensalltag der Menschen. Wirtschaft und Infrastruktur verfielen, soziale, schulische und medizinische Einrichtungen verkamen, die öffentliche Moral versank in einer unvorstellbaren Korruption.

Abgesichert wurde die Herrschaftsform der Kleptokratie durch einen willfährigen Repressionsapparat aus Militär,

Spezialeinheiten, Zivilgarde und Geheimdiensten, ausgerüstet mit Waffen aus westlichen Industriestaaten und der Volksrepublik China. Schwere und schwerste Menschenrechtsverletzungen zählten von Anfang an zu den Wesensmerkmalen und Bestandsvoraussetzungen der Mobutu-Tyrannie. Zwar mußte auch der bei der Bevölkerung verhaßte zairische Diktator eine politische Öffnung zulassen, als 1990 der internationale „Wind of Change“ über Afrika hinwegfegte. Doch seither zögerte er die Demokratisierung so lange hinaus, bis ein friedlicher Wandel nicht mehr möglich war. 1996 sah sich Mobutu mit einer bewaffneten Aufstandsbewegung namens „Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo-Zaïre“ (AFDL) unter seinem alten Widersacher *Laurent Kabila* konfrontiert.

Im Frühjahr 1997 zeichnete sich das Ende einer Epoche ab: Nicht nur der militärische Vormarsch der AFDL steuerte unaufhaltsam auf die Beseitigung der Mobutu-Herrschaft zu, auch eine fortschreitende Krebserkrankung des bedrängten Herrschers zeugte von der „Götterdämmerung“ des Regimes. Die Einsetzung einer von Militärs dominierten Regierung unter dem Mobutu-treuen General *Likulia Bologolo* im April bot angesichts der militärischen Rückschläge keine Perspektive mehr – die reguläre Armee erwies sich trotz Unterstützung durch ausländische Söldner den Truppen der Aufständischen unterlegen.

Wer immer das Land nach Mobutu schließlich regiert, es wird eine gewaltige Hypothek zu schultern geben. Die Bürde lastet nicht nur auf der Politik, sondern auch auf Wirtschaft und Gesellschaft. Doch trotz schier übermächtiger Probleme gibt es auch Chancen.

Das durch die Kleptokratie zerrüttete Land wird hochgradig durch Entwicklungen der *Weltwirtschaft und der Weltkonjunktur* beeinflusst. Seit der Kolonialzeit ist es als Bergbau- und Plantagenökonomie auf nur wenige Exportprodukte ausgerichtet, die Devisen- und Steuereinnahmen des Staates hängen von Kupfer, Kobalt, Diamanten, Gold, Erdöl und Kaffee ab. Schwankungen der Weltmarktnachfrage und des Weltmarktpreises der einzelnen Produkte bestimmen über Aufschwung oder Krise. Mobutu hat die unter belgischer Herrschaft geprägte Weltmarktabhängigkeit durch eine noch höhere Konzentration der Exportwirtschaft auf wenige Produkte verstärkt und damit die Ökonomie durch externe Schocks leichter verwundbar gemacht. Aus der Sicht des Regimes machte die Konzentration Sinn, weil sie die Selbstbereicherung der herrschenden Clique erleichterte. Denn die Hauptdevisenbringer warfen kurzfristig mehr Gewinn ab als andere potentielle Exportwaren.

Unter neuen politischen Vorzeichen wäre es wichtig, *Alternativen* zu erschließen, um die Krisenträchtigkeit der einseitigen Ausrichtung zu überwinden. Zum einen gäbe es angesichts der weithin fruchtbaren Böden Weltmarktpotentiale im *Agrarbereich* – neben Kaffee unter anderem Palmöl, Kakao, Kautschuk, Baumwolle und Zucker. Zum anderen verblieben trotz der „Nach-uns-die-Sintflut“-Ressourcenplünderung unermeßliche Reichtümer an mineralischen Bo-

denschätzen: außer Kupfer, Kobalt, Diamanten, Gold und Erdöl unter anderem Silber, Kohle, Zink, Zinn, Kadmium, Mangan, Wolfram, Germanium und Uran. Die Vorkommen sind so groß, daß ihr mutmaßlicher Geldwert die Summe von Auslandsschulden und aus dem Staatssäckel abgezweigten Geldern des Mobutu-Clans um ein Vielfaches überragt. Die Mittel für einen langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen (Wieder-)Aufbau stehen also bereit.

Allerdings müssen die Schätze gehoben werden – und dabei gibt es Schwierigkeiten. Ganz auf die Selbstbereicherung fixiert, unterließ es nämlich Mobutu, bestehende Förder- und Verhüttungsanlagen instandzuhalten oder zu reparieren, sie an moderne Standards heranzuführen und die Produktion zu optimieren. Stattdessen wurden die vorhandenen Installationen nach allen Regeln der Kunst zugrunde gerichtet. Bei umfangreichen Investitionen zur Rehabilitation und Neuerschließung im Bergbausektor könnte indes die Einnahmehasis des Staates konsolidiert und unter veränderten entwicklungspolitischen Prioritäten dem Wohl von Land und Leuten zugeführt werden. Da jedoch das erforderliche Kapital kurz- und mittelfristig nicht von Kongo-Zaïre selbst aufgebracht werden kann, sind Finanzspritzen aus dem Ausland erforderlich.

Ausländisches Kapital und Know-how sind unverzichtbar

Weil externe Geldzuflüsse in der Mobutu-Epoche nur einer kleinen Clique nützten, dem Land aber eine hohe Auslandsverschuldung hinterließen, wäre unter Umständen der Gedanke verlockend, die Verbindlichkeiten als illegitim zu betrachten und die Gläubiger an den Mobutu-Clan zu verweisen, um so vermeintlich Eigenmittel frei zu bekommen. Die Nichtanerkennung der Auslandsschulden würde bei vorergründiger Betrachtung den Staat entlasten und die Voraussetzungen für den Aufbau in der Zeit nach Mobutu verbessern.

Doch ein solcher Kurs hätte *verheerende Konsequenzen*: Rechtlich liegen die Schulden beim Staat, unabhängig von der Frage, wer ihn regiert. Die Zurückweisung der Auslandsverbindlichkeiten – die Weigerung, Zinsen und Tilgungen zu bezahlen – würde den Weg zu Umschuldungen und den Zugang zu dringend benötigten neuen Krediten und Investitionen aus dem Ausland verbauen. Länder wie Kuba, Nordkorea und Ghana haben mit einer solchen Politik sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Die internationale Kreditwürdigkeit und das Verhältnis zu den für den Wiederaufbau bedeutsamen Agenturen IWF und Weltbank wären im Falle einer „Debt Repudiation“ (so der Terminus technicus) gründlich ruiniert.

Von der Kreditwürdigkeit des Staates und seiner Kooperation mit den Bretton-Woods-Zwillingen hängt in der Zeit nach Mobutu auch die Investitionsbereitschaft internationaler Konzerne ab, deren Kapital und Know-how vor allem für

die Entwicklung von Bergbau, Industrie und Infrastruktur unverzichtbar sind. Nicht zuletzt ist Kongo-Zaire auf die Lieferung von Maschinen, Ersatzteilen, Vorprodukten, Transportmitteln und anderen notwendigen Dingen angewiesen, zu deren Finanzierung wiederum Kredite erforderlich sind. Zwar haben viele Konzerne und Banken aus dem Ausland als Komplizen von der Mobutu-Kleptokratie profitiert und sind deshalb moralisch diskreditiert, aber an ihrem Geld und ihrer Technologie führt kein Weg vorbei. Für Unternehmen aus den USA, Kanada, Südafrika, Australien, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Deutschland und anderen Ländern wiederum bilden die Rohstoffressourcen ihres Partnerlandes eine Art Pfand.

Für Projekte mit ausländischen Konzernen stünde ein Potential an Energie zur Verfügung, dessen Erschließung unter Mobutu nicht vorankam, weil die kurzfristigen Eigeninteressen und die uferlose Korruption der herrschenden Clique den Blick für langfristige entwicklungspolitische Notwendigkeiten verstellten. Kongo-Zaire verfügt über das nach dem Amazonas wasserreichste Flußsystem der Erde: Der Kongo-Zaire-Strom und seine Nebenflüsse bergen ein hydroelektrisches Potential, das theoretisch den gesamten afrikanischen Kontinent und darüber hinaus Teile Europas oder des Nahen Ostens mit elektrischer Energie versorgen könnte.

Von Mobutu wurden jedoch in diesem Bereich vor allem während der frühen Jahre seiner Herrschaft Dollar-Milliarden für die Realisierung von technisch unausgereiften und finanziell abenteuerlichen Großprojekten verschwendet, die zum entwicklungspolitischen Desaster maßgeblich beitragen: Namentlich der Inga-Staudamm westlich der Hauptstadt Kinshasa und insgesamt über 2000 km lange Hochspannungsleitungen von dort in die Bergbauregion Shaba und andere Landesteile erwiesen sich als „weiße Elefanten“ (Investitionsruinen mit geringem Nutzungswert). Intelligente dezentrale Erschließung hydroelektrischer Energie – und eventuell auch der ebenfalls reichlich vorhandenen Sonnenenergie – könnte den Ausweg aus der Misere weisen.

Politisch rivalisierende Machtzentren entwickelten sich

Für die Mehrheit der Bevölkerung liegen die Chancen weniger in Bergbau, Industrie und Energie als vielmehr auf dem Gebiet der Landwirtschaft, die während der Mobutu-Herrschaft unter staatlichen Schikanen, plündernden Soldaten und fehlenden Anreizen für eine marktorientierte Produktion litt. Infolgedessen bauten die meisten Bauern nicht mehr an, als sie und ihre Großfamilie zum Überleben benötigten. Der Mobutu-Clan und die Bevölkerung der Städte waren deshalb auf teure Nahrungsmittelimporte angewiesen. Viele Arme hungerten.

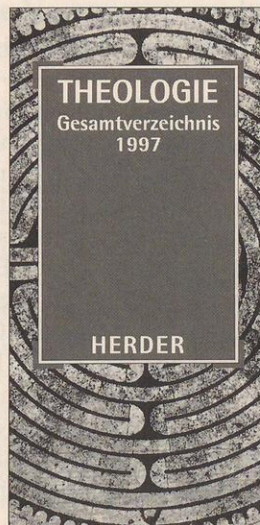
Wenn eine neue Regierung ohne Korruption und staatliche Gängelung den Bauern Entfaltungsmöglichkeiten gäbe, würden sie sich nicht mehr auf Selbstversorgungswirtschaft beschränken, sondern so viele Produkte anbauen, daß die

Stadtbevölkerung mitversorgt werden könnte. Außerdem hält das Flußsystem des Kongo-Zaire Fisch bereit, mit dem die Proteinversorgung verbessert werden könnte. Fischer und Bauern könnten eine einträgliche Existenzgrundlage gewinnen – und die Städter erschwingliche Lebensmittel.

In den Städten waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen unter Mobutu durch einen fortwährenden *Verfall der formalen Ökonomie* und ihrer regulären Beschäftigungsmöglichkeiten charakterisiert. Der staatliche Sektor wurde aufgebläht, aber die dort Beschäftigten wurden nicht oder kaum bezahlt. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bestimmten das Bild. Die Kleinkorruption – Schmiergeld für mehr oder sinnvolle öffentliche Dienstleistungen aller Art – bot für Staatsbedienstete oft einen Rettungsanker. Die Haupterwerbs- und -einkommenschancen entstanden im informellen Sektor, in Schwarzmarkt, Schmuggel und vielerlei Aktivitäten in oder jenseits der Grauzone zur Kriminalität. Kalkulierbar waren die Einkünfte aus solchen Tätigkeiten für die darauf angewiesenen Menschen freilich nicht.

Die *Wiederbelebung der regulären Ökonomie* in Industrie, Gewerbe, Handwerk, Dienstleistung und Handel könnte einen Ausweg weisen, doch für einen kurzfristigen Erfolg sind die Voraussetzungen nicht günstig. So mangelt es an Massenkaufrkraft der Bevölkerung, die die Produkte oder

Das neue Theologie-Gesamtverzeichnis



80 Seiten, geheftet
Best.-Nr. 939285

Sie finden hier alle lieferbaren Titel unseres Verlages zu Themen der biblischen, systematischen, historischen und praktischen Theologie – von den aktuellen Neuerscheinungen und den bewährten Standardwerken bis hin zu den großen Gesamtausgaben und Lexika.

Bitte zur kostenlosen Lieferung anfordern bei:
Verlag Herder
79080 Freiburg
Telefon: (0761) 2717-233
Fax: (0761) 2717-411

HERDER

Dienstleistungen nachfragen müßte, um eine langfristig tragfähige Entwicklung zu erreichen. Auch für die zweite Möglichkeit, international wettbewerbsfähige Betriebe aufzubauen und wirtschaftliche Entwicklung über den Export anzusteuern, liegen die Realisierungschancen in weiter Ferne. Für den Wiederaufbau braucht es Geduld und die Bereitschaft zu weiterer Entbehrung.

Die Perspektive dieses Wiederaufbaus steht und fällt mit dem Zustand der *Infrastruktur* und des *Transportwesens*, insbesondere Straßen-, Eisenbahn-, Schiffs- und Flugverbindungen. Unter Mobutu war dieser Bereich dem Verfall preisgegeben, weil das Regime Investitionen in Instandhaltung und Erneuerung versäumte. Was auf den ersten Blick wie eine Selbstschädigung wirkt, zeigt bei genauerer Analyse eine verborgene Rationalität: Fehlende Verkehrsverbindungen zu Lande waren ein Rezept Mobutus zur Herrschaftssicherung. Denn der schlechte Zustand insbesondere von Straßen und Pisten sollte den Vormarsch bewaffneter Regimegegner erschweren, wenn nicht unmöglich machen.

Die Entwicklung des Krieges seit Herbst 1996 offenbarte, daß sich der Diktator bei dieser Kalkulation verrechnet hatte. Aber Kongo-Zaire lebt mit der Hypothek, daß etwa ein halbes Dutzend weitgehend voneinander abgeschlossene wirtschaftsgeographische Räume existieren. Seit Jahren sind die einzelnen Regionen wesentlich stärker als untereinander mit dem Weltmarkt oder den jeweils angrenzenden Nachbarländern verflochten. So sind die beiden Bergbauregionen Shaba (Katanga) und Kasai stark auf das südliche Afrika ausgerichtet, aber nur ganz lose mit der Zentralgewalt in Kinshasa verbunden. Für die Wiederherstellung infrastruktureller Verbindungen und dem Wiederaufbau von Vernetzungen zwischen den einzelnen Landesteilen werden umfangreiche Investitionen notwendig sein, deren Finanzierung wiederum auf Mittelzuflüsse aus dem Ausland angewiesen sein wird.

Die Bewältigung dieser Aufgabe ist dringlich, denn die *Stärkung des inneren Zusammenhalts* hat existentielle Dimensionen – nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell und politisch. Der Zerfall Kongo-Zaires in voneinander weitgehend unabhängige wirtschaftsgeographische Räume war von der Entwicklung eigenständiger kulturell-sprachlicher Einheiten und rivalisierender politischer Machtzentren begleitet, die um den Zugriff auf Ressourcen und Macht im Gesamtstaat rangen. Diejenigen Regionen, die, wie Shaba (Katanga) oder Kasai bei diesem Tauziehen in Nachteil gerieten, entwickelten separatistische Tendenzen. In den frühen 60er Jahren hatten sich beide Regionen in blutige, aber für sie letztlich erfolglose Sezessionsabenteuer gestürzt.

Wer immer Zaire regiert, wird mit dem Problem zu kämpfen haben, wie die staatliche Einheit des Riesenlandes angesichts von einem halben Dutzend Machtzentren, vier Hauptsprachen (Lingala, Kikongo, Kisuaheli, Tshiluba) und 365 Ethnien gesichert werden kann. Die von der Kolonialmacht Belgien implantierte, nur von einer Minderheit der Bevölkerung beherrschte Amts-, Verkehrs- und Unterrichtssprache

Französisch ist als Klammer zu schwach. Ein Rezept zur Überwindung von Gegensätzen könnte neben einer bundesstaatlichen Gliederung, also einer föderalen Ordnung, die Durchsetzung der von Mobutu unterdrückten Demokratisierung sein. Während des 1990 verkündeten, aber vom Herrscher nie ernsthaft betriebenen Übergangs zur Demokratie hat sich eine große Vielfalt an politischen Parteien entwickelt. Diese meist ethnischen und regionalen Kriterien folgende Vielfalt könnte sich allerdings als ein Sprengsatz erweisen.

Denn in dem im 19. Jahrhundert von der Kolonialmacht willkürlich zusammengefügt Staat entstand auch nach der Abnabelung von Belgien nur oberflächlich ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Zunächst setzten die als „Kongo-Wirren“ in die Geschichte eingegangenen Kriegsgeschehnisse unmittelbar nach der Unabhängigkeit die Zentrifugalkräfte frei. Mobutu sicherte dann mit harter Faust und Unterstützung des Westens die staatliche Einheit unter antikommunistischen Vorzeichen. 1960 entmachtete er den ersten Regierungschef *Patrice Lumumba* (der 1961 im Gewahrsam von Mobutu-Soldaten durch Mißhandlung zu Tode kam) und übernahm nach einem zweiten Putsch im Jahre 1965 für Jahrzehnte die Regierungsmacht. Mit Gewalt und wiederum dank westlicher Unterstützung gelang es Mobutu, die staatliche Einheit und die Ausrichtung des Staates auf den Westen zu sichern. Doch bei der danach jahrzehntelang aufgegangenen Kalkulation, ethnisch-regionale Gegensätze zur Herrschaftssicherung zu instrumentalisieren, hat sich Mobutu in den 90er Jahren übernommen.

Bei dem gefährlichen Spiel mit dem in Rwanda und Burundi immer wieder mörderisch ausgetragenen Konflikt zwischen den auch in Ostzaire beheimateten Hutu und Tutsi steckte er das eigene Haus in Brand. Nachdem Mobutu zur Jahreswende 1995/96 laut über die Einrichtung eines „Hutu-Land“ für die seit 1994 im Osten seines Staates lebenden weit über eine Million Hutu-Flüchtlinge aus Rwanda und Burundi nachgedacht und zugleich die seit vorkolonialer Zeit dort ansässigen Tutsi zu Ausländern gemacht hatte, kam eine Lawine der Gewalt ins Rollen, die bald außer Kontrolle geriet. Als im Laufe des Jahres 1996 teils mit Duldung, teils mit aktiver Unterstützung lokaler Armeeverbände Mobutus eine „ethnische Säuberung“ Ostzaires von den Tutsi begann, reagierten diese schließlich mit einem bewaffneten Aufstand.

Diktatur und Krieg verursachten tiefe seelische Verwundungen

In Anbetracht monatelanger krankheitsbedingter Abwesenheit Mobutus entwickelte sich aus dem Aufstand ein Krieg – ein Krieg mit dem Ziel einer grundlegenden Veränderung der Machtverhältnisse in Kinshasa. Dabei sah sich Mobutu nicht nur mit einheimischen Gegnern konfrontiert, er hatte auch die Nachbarstaaten Uganda, Rwanda, Burundi und Angola zum Feind, die die Aufständischen kaum verhohlen

unterstützten. Die jahrelange aktive Verstrickung in innere Konflikte dieser Staaten schlug jetzt mit großer Wucht auf den zairischen Herrscher zurück.

Wie jeder Krieg brachte auch dieser erhebliches Leid für die Zivilbevölkerung. Zahlreiche unbewaffnete Menschen wurden Opfer von Übergriffen marodierender und plündernder Mobutu-Soldaten. Nicht wenige erlitten das Schicksal von Flucht und Vertreibung, und besonders elend stellte sich das Los der Flüchtlinge aus Rwanda und Burundi dar. Mobutu mißbrauchte sie zunächst als menschliches Bollwerk gegen seine innenpolitischen Gegner und gegen die östlichen Nachbarstaaten. Jene Flüchtlinge, denen während des Krieges nicht die Rückkehr in ihre Herkunftsländer gelang, wurden als Schutzschild gegen die vorrückenden Truppen der Mobutu-Gegner instrumentalisiert. Später erging es den Flüchtlingen im Einflußgebiet der Aufständischen schlecht, unter anderem weil zeitweise der Zugang für humanitäre Hilfe versperrt blieb. Auch für die neuen Herren in Ostzaira waren die Flüchtlinge Figuren auf dem Schachbrett der Macht.

Diktatur und Krieg verursachten tiefe seelische Verletzungen der in Kongo-Zaire lebenden Menschen, die sich zugleich angesichts der Zerrüttung des Gesundheitssystems oft in einem schlechten körperlichen Zustand befinden. Die Verbesserung des Gesundheitswesens und der materiellen Lebens- und Überlebensbedingungen hängt vom wirtschaftlichen Wiederaufbau und vom Engagement internationaler humanitärer Hilfe ab. Die seelischen Verwundungen hingegen können nur durch eine demokratische Regierungsform, eine humanere politische Kultur und die Reinigung des Bewußtseins und der Empfindungen von den Hinterlassenschaften der Mobutu-Diktatur heilen.

Die Zukunft muß zeigen, ob bei der – nur langfristig möglichen – moralischen und seelischen Erneuerung auch Religionen und Religionsgemeinschaften eine wichtige Funktion erlangen können. Neben den traditionellen Glaubenssystemen, die den Menschen im ländlichen Raum oft noch Halt und Kraft geben, haben Christentum und Islam Bedeutung. Während der Islam in Kongo-Zaire bisher fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung erreichte, haben die christlichen Kirchen einen Verbreitungsgrad von 80 bis 90 Prozent.

Die *katholische Kirche*, mit Abstand größte Religionsgemeinschaft im Land, paktierte als vom Selbstverständnis her unpolitische Institution durch ihr Tun faktisch mit der Kolonialherrschaft und in den frühen Jahren auch mit der Mobutu-Diktatur, bevor sich seit den 80er Jahren mutige Repräsentanten – zunächst Erzbischöfe und Kardinäle als Einzelpersonen, später auch die Bischofskonferenz – durch Regimekritik exponierten. In den 90er Jahren amtierte Erzbischof *Monsengwo Pasinya* als Präsident von Nationalkonferenz und Übergangsparlament, den Institutionen der von Mobutu hintertriebenen Demokratisierung.

Anfang 1996 warf Monsengwo das Handtuch, da er sich aufgrund objektiver Schwierigkeiten, aber auch infolge unklugen Taktierens und offenbar mangelnder Rücken- deckung durch den Vatikan als Vermittler zwischen Regime

und Opposition aufgerieben hatte. Im Mai 1997 wurde jetzt Monsengwo erneut zum Parlaments- und damit auch Übergangspräsidenten gewählt. Die Annahme des Amtes machte dieser aber von einigen nationalen wie internationalen Zusicherungen abhängig, auch von der Zustimmung des Vatikans. Während des Krieges hatte die Kirche die Ermordung des Erzbischofs von Bukavu, *Christophe Munzihirwa*, zu beklagen, der öffentlich die Verletzung zairischen Staatsgebiets durch die östlichen Nachbarstaaten Uganda, Rwanda und Burundi angeprangert hatte.

Politisch weniger exponiert waren in den 90er Jahren die *protestantischen Kirchen* und vor allem die *kimbanguistische Kirche*, eine autochthone christliche Gemeinschaft, die auf den „Propheten“ *Simon Kimbangu* zurückgeht. Als antikoloniale Bewegung entstanden, stützte sie aufgrund ihrer dann staatstragenden Einstellung jahrzehntelang die Mobutu-Diktatur. Zwischen dem gläubigen Katholiken Mobutu und dem 1992 verstorbenen Oberhaupt der kimbanguistischen Kirche, *Joseph Diangienda*, einem Sohn Kimbangus, soll sich sogar eine persönliche Freundschaft entwickelt haben. Die vom Selbstverständnis her unpolitische Gemeinschaft war in den 90er Jahren keine Agentur des Wandels.

Unabhängig von ihrer Rolle im politischen System erlangten allerdings die christlichen Kirchen erhebliche Bedeutung als soziales, humanitäres und entwicklungspolitisches Netzwerk. Dabei ging es um die Linderung der für die Bevölkerung katastrophalen Auswirkungen des vom Mobutu-Regime angerichteten wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Niedergangs. In diesem Bereich werden die Kirchen auf Jahre hinaus auch nach Mobutu eine wichtige Rolle zu spielen haben.

Die Verantwortung der westlichen Industriestaaten

Mit einer moralischen Verantwortung bei der Bewältigung der Erblasten seiner Herrschaft werden die westlichen Industriestaaten konfrontiert, die Mobutu als antikommunistischen Verbündeten während des Kalten Krieges stützten und ihm die Rückendeckung mehrheitlich erst entzogen, als ein friedlicher Wandel nicht mehr möglich erschien. Die moralische Verantwortung betrifft neben Belgien, Frankreich und den USA auch Deutschland.

Bereits 1978 war der damalige Bundeskanzler *Helmut Schmidt* Gastgeber eines Treffens in Stuttgart, auf dem der Westen eine Militärintervention zur Rettung des schon damals in Shaba von Rebellen bedrohten Diktators koordinierte. 1987 empfingen Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*, Bundeskanzler *Helmut Kohl* und Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* Mobutu anlässlich eines Besuchs in Bonn, 1995 gratulierte ihm Bundespräsident *Roman Herzog* nach undementierten Berichten zum dreißigsten Herrschaftsjubiläum.

Nicht zuletzt half die Bundesrepublik Mitte der 80er Jahre beim Aufbau von Mobutus „Zivilgarde“, der in einschlägi-

gen Menschenrechtsbilanzen genauso schwere Verstöße gegen die Menschenrechte angelastet wurden wie den übrigen Säulen von Mobutus Herrschaftsapparat auch. Deutsche Unternehmen machten mit Mobutu Geschäfte: Die Deutsche Bank gewährte ihm ein Konto für seine geraubten Gelder, die Druckerei Giesecke & Devrient in München druckte – gegen Devisen – in seinem Auftrag zairische Banknoten, Mercedes-Benz verdiente an seiner Vorliebe für Luxuslimousinen aus Stuttgart. Zairische Flüchtlinge, die der inhumane Charakter der

Mobutu-Herrschaft aus ihrem Heimatland vertrieben hatte, erhielten hingegen in Deutschland nur selten Asyl. Obwohl in ihrem Herkunftsland Folter, Mißhandlung, Terror und Willkür an der Tagesordnung waren, wurden ihnen in ihrer großen Mehrheit unlautere – etwa wirtschaftliche – Motive unterstellt. Viele von ihnen wurden nach Ablehnung ihrer Asylanträge ins Reich Mobutus zurückgeschickt, und bei manchen verloren sich die Spuren. Erst unter dem Eindruck des Krieges entschlossen sich mehrere Bundesländer wenigstens zu einem vorläufigen Abschiebestopp. *Peter Körner*

Tradition und Wandel

Die Situation der Familien in der Schweiz

In der Schweiz liegen erste Ergebnisse eines Mikrozensus zur Situation der Familien vor. Sie zeigen u. a. die Schwierigkeiten, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Die Ehe wird nach wie vor hoch geschätzt; jedoch hat sich das Durchschnittsalter bei der Eheschließung wie bei der Geburt/des ersten Kindes deutlich erhöht. Als ideale Familiengröße wird die Zweikindfamilie angesehen.

Wie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein Konsultationsprozeß durchgeführt wurde, um eine europäische Armutspolitik entwickeln zu können (HK, Mai 1997, 253–258), wurden auch europaweit Daten erhoben, um die Informationsgrundlagen für die Familien- und Sozialpolitik zu verbessern. So sind die zunehmende Alterung der Bevölkerung, der Geburtenrückgang, die gefährdete Bindung zwischen den Generationen, der wachsende Bedarf an Betreuungseinrichtungen in verschiedenen Lebensbereichen, kurz: der beschleunigte Wandel von Familie und Geburtenhäufigkeit eine europaweite Erscheinung. Das hat die Wirtschaftskommission für Europa (ECE) der Vereinten Nationen veranlaßt, eine international vergleichende Erhebung über „Familie und Geburtenhäufigkeit“ durchzuführen. Inzwischen beteiligen sich daran die meisten westeuropäischen und eine erhebliche Anzahl osteuropäischer Staaten sowie die USA und Kanada.

Der Schweizer Beitrag zu diesem Projekt ist der vom Bundesamt für Statistik erstmals durchgeführte Mikrozensus Familie, von dessen Ergebnissen ein bedeutender Erkenntnisgewinn erwartet werden darf. Wohl haben bislang die Volkszählungen und die Schweizerischen Arbeitskräfteerhebungen grundlegende Veränderungen in der Haushaltsstruktur dokumentiert, und wohl informiert die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung jährlich über die Geburten-, Heirats- und Scheidungshäufigkeit. Doch fehlte in der Schweiz bislang eine umfassende Berichterstattung über die Familie und die Situation der Eltern und Kinder; denn auf der verfügbaren Grundlage sind der Verknüpfung von Da-

ten über Gründung, Erweiterung und Auflösung von Familien mit sozioökonomischen und kulturellen Informationen Grenzen gesetzt. Mit der Erhebung von Lebensverlaufsdaten (biographischen Daten) über die zentralen Lebensbereiche Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Wanderungen, Partnerschaft, Schwangerschaften und Geburten wird es erstmals möglich, die Dynamik der Familienbildung in direktem Vergleich zur Vorgeneration sowie die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Lebensbereichen zu untersuchen.

Erhoben wurden die Daten des Mikrozensus Familie zwischen Oktober 1994 und Mai 1995 in 5964 Interviews mit zwischen 20 und 49 Jahren alten Frauen und Männern, die aufgrund von zwei Zufallsstichproben aus der ständigen Wohnbevölkerung ausgewählt wurden. Die Ergebnisse im Hinblick auf die dringendsten Fragen der Öffentlichkeit und interessierter Kreise sollen vom Bundesamt für Statistik in Form von verschiedenen Publikationen in den Jahren 1997 und 1998 veröffentlicht werden. Dazu gehören namentlich die Modalitäten der Gründung, Umgestaltung und Auflösung von Familien und die Entwicklung während der vergangenen Jahrzehnte, die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der gewünschten Kinderzahl, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. längerer Aus- und Weiterbildung sowie die Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau.

Als Beitrag zum internationalen Projekt erarbeitet das Bundesamt zudem einen Bericht über die Situation in der Schweiz. Die beiden Hochschulinstitute, die das Bundesamt bei diesem Projekt beraten haben, das Soziologische Institut der Universität Zürich und das „Laboratoire de démogra-